„Tränen in den Augen“

Ein Öcalan-Begleiter über die Entführung des Kurdenführers aus Kenia

Als wir Italien am 16. Januar verließen, flogen wir zunächst nach Minsk. Dort wurde uns nach einiger Zeit erklärt, wir könnten nach Holland reisen. Als wir abfliegen wollten, ließ man uns jedoch nicht ins Flugzeug hinein. Wir mußten sieben Stunden bei minus 20 Grad vor der Maschine warten. Dann hörten wir, daß es keine Möglichkeit gebe, einen niederländischen Flughafen anzufliegen, wir bekämen nirgendwo Landeerlaubnis. Schließlich flogen wir nach Athen.

Die griechische Regierung stellte uns eine Maschine für den Weiterflug nach Kenia zur Verfügung. Dabei handelte es sich um ein Schweizer Privatflugzeug mit Luxusausstattung. Der Pilot und die Hosteß sprachen nur englisch. An Bord war auch ein griechischer Sicherheitsoffizier.

Wir kamen in Kenia am 2. Februar an. Am Flughafen empfing uns der 1. Sekretär des griechischen Botschafters. Wir mußten noch im Flugzeug Formulare ausfüllen und wurden dann durch die VIP-Räume des Flughafens direkt nach draußen gebracht, wo der griechische Botschafter (*George Costorlas* –Red.) auf uns wartete. Sie fuhren uns direkt zur Botschaftsresidenz.

Der Botschafter erhielt von der griechischen Regierung täglich Instruktionen. Am zweiten Tag nach unserer Ankunft sagte er, es gebe einen griechischen Geschäftsmann, zu dessen Farm sollten wir fahren. An einem anderen Tag machte die griechische Regierung den unsinnigen Vorschlag, wir sollten mit dem Auto nach Somalia fahren. Beides lehnten wir ab. Es gab immer wieder Probleme zwischen dem Botschafter und seiner Regierung. Die griechische Regierung versuchte immer wieder, uns aus der Residenz herauszulocken.

Am dritten Tag in Kenia stellte Öcalan einen Asylantrag für Griechenland. Der Botschafter reichte ihn weiter. Öcalan sagte, er wolle seine Angelegenheiten legal geregelt haben, selbst wenn das bedeuten würde, daß er vor Gericht komme.

Drei Tage vor der Verschleppung von Öcalan kamen vier Polizisten, die aussahen wie Rambos, aus Griechenland. Sie verlangten, wir, die Begleiter von Öcalan, sollten die Residenz verlassen. Wir ließen ihnen über den Botschafter mitteilen, daß wir nur tot dessen Haus räumen und den Präsidenten (*Öcalan* –Red.) nicht allein lassen würden. Daraufhin ordneten die Athener Behörden an, die Polizisten sollten zurückkehren. Aber die kenianischen Behörden verhafteten die vier.

FOTOS: AP

Griechische Botschaft in Kenia, Botschafter Costorlas: *„Sie können bleiben“*

Am Freitag, dem 12. Februar, rief der kenianische Außenminister den griechischen Botschafter an und ersuchte um ein dringendes Treffen. Der Botschafter log und sagte, er sei krank, und schlug ein Treffen am Montag vor. Die Kenianer stimmten zu. Als der Botschafter von dem Gespräch zurückkam, teilte er uns mit, daß wir gehen müßten, versprach aber, daß die Kenianer uns in ein sicheres Land unserer Wahl bringen würden. Der Botschafter sagte auch: „Wenn ihr darauf besteht zu bleiben, könnte es auch für uns gefährlich werden.“

Der Präsident beschloß dann, nach Den Haag zu fliegen, um sich einem internationalen Gericht zu stellen. Eine halbe Stunde später kam der Chef des kenianischen Geheimdienstes. Die Residenz des Botschafters war von etwa 15 bewaffneten Polizisten umstellt. Der Geheimdienstchef teilte Öcalan mit, daß wir sofort zu gehen hätten. Öcalan bat nochmals um einen Tag Zeit, der Kenianer sagte nein, jetzt sofort. Öcalan bat um Zeit, weil zwei seiner Begleiter gerade in der Stadt waren, aber der Kenianer blieb stur. Ansonsten würde das Haus angegriffen werden.

Der Kenianer fragte, wohin Öcalan ausreisen wollte, und der Präsident sagte ihm: Holland. Daraufhin tätigte der Kenianer einen Telefonanruf. Danach sagte er, das Flugzeug würde einen Zwischenstopp machen müssen, und Öcalan möge entscheiden, wo. Ich schlug Kairo vor, und der Präsident und der Kenianer stimmten zu. Der Präsident wollte gern telefonieren, um sich mit Freunden und Beratern abzustimmen, aber aus der Residenz konnte man nicht ins Ausland telefonieren.

Öcalan glaubte den kenianischen Behörden nicht, aber dann rief der griechische Außenminister Theodoros Pangalos über Satellitentelefon an. Pangalos sagte: „Es ist sehr gut, wenn Sie nach Europa kommen. Sie sollten das tun.“

Wir flehten Öcalan an, nicht zu gehen. Aber Öcalan sagte: „Das Haus ist umstellt. Ich habe nicht das Recht zu sterben, mir gehört nicht mein eigener Wille.“ Der griechische Botschafter sagte: „Wenn Sie wirklich die Residenz nicht verlassen wollen, können Sie bleiben.“ Öcalan ging, weil er wußte, daß es keine andere Chance gab. Er hatte vom ersten Tag in Kenia an gesagt: „Wir sind in der Hand der CIA.“ Es war klar, wenn wir nicht gingen, würden wir eliminiert.

Der Botschafter versicherte uns, daß er mit Öcalan zum Flughafen fahren und mit ihm nach Holland fliegen wolle. Die kenianischen Behörden akzeptierten. Aber dann, als wir die Residenz im Wagen des Botschafters verließen, kamen wir nur bis vor den Garten. Die kenianischen Autos warteten draußen. Es waren vier bis fünf zivile Jeeps.

Als wir aus dem Garten herausfuhren, sagte der Kenianer, der Wagen des Botschafters sei nicht sicher genug, und Öcalan sollte in eines ihrer Autos steigen. Der Botschafter wollte sich mit Öcalan in das Auto setzen, aber die Kenianer lehnten aus Sicherheitsgründen ab. Der Präsident sagte, er bräuchte mindestens eine Übersetzerin, die mit ihm reisen sollte, aber der kenianische Offizier sagte, nein, wir reisen doch in einem Konvoi, wir treffen uns alle am Flughafen.

REUTERS

Jubelnde Entführer
„In diesem Moment war alles zu Ende“

Der Offizier schloß die Tür des Autos, in dem Öcalan saß. Dann raste der Wagen los. Wir sagten unseren Fahrern, daß sie sich beeilen sollten, um den Vorsprung aufzuholen, aber es blieb immer eine Distanz zwischen dem Wagen des Präsidenten und uns.

Als wir zum Flughafen kamen, stand das Auto von Öcalan mit offenen Wagentüren bereits am Flugzeug, und dann fuhren unsere Wagen in eine andere Richtung und brachten uns weg. In diesem Moment wußten wir, daß alles zu Ende war.

Unsere Wagen fuhren zu einem abseits gelegenen Parkplatz und hielten. Wir rannten sofort aus dem Auto und versuchten, zum Präsidenten zu laufen und ihn zu sehen, aber es war zu spät. Wir schrien und telefonierten herum, der griechische Botschafter war schockiert und hatte Tränen in den Augen und sagte: „Meine eigene Regierung hat mich mißbraucht.“ Er rief den Außenminister Pangalos an, und Pangalos sagte: „Fahrt einfach nach Hause, machen Sie sich keine Sorgen über die Leute, die bei Ihnen sind.“

Die Kenianer warfen unser Gepäck aus dem Auto und fuhren davon. Wir mieteten ein Taxi und fuhren zurück zur Botschaft. Als die griechische Regierung erfuhr, daß wir wieder zurück in der Botschaft waren, gaben sie die Anweisung, daß der Botschafter uns rauswerfen sollte. Der Botschafter weigerte sich und erlaubte uns zu bleiben.

ein heftiger Streit. Als um 13.15 Uhr eine „Blitzmeldung“ des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) die Gefahr für das Konsulat meldete, schützten nur ein paar Wachleute das Gebäude. Mehr Polizeibeamte standen nicht zur Verfügung – Hundertschaften riegelten die neue SPD-Parteizentrale und die US-Botschaft ab. Um 13.28 Uhr wurden eilig 30 Beamte in Marsch gesetzt, die zeitgleich mit einem Trupp Kurden eintrafen.

Die mit Eisenstangen und Holzlatten bewaffneten PKK-Kämpfer knüppelten die verzweifelt um Verstärkung rufenden Polizisten nieder: „Mit Eile die Kräfte her. Wir haben Schlagstockeinsatz.“

Die Kurden drangen bis in die Empfangshalle des Konsulats vor. Als sie versuchten, einem Sicherheitsbeamten seine gezogene Waffe zu entwinden, eröffnete ein zweiter Wachmann sofort das Feuer. Dann schossen beide die Pistolenmagazine ihrer „Jericho 941“ leer. Zwei Männer und eine Frau starben, 14 wurden durch die Schüsse zum Teil schwer verwundet, 24 Polizisten wurden bei dem Angriff verletzt.

Israels Premierminister Benjamin Netanjahu rechtfertigt den Einsatz: „Unsere Sicherheitsleute haben stehende Order, notfalls unter Einsatz ihrer Schußwaffen Versuche abzuwehren, Geiseln zu nehmen.“ Außenminister Ariel Scharon hat die Schützen belobigt, nach den bisherigen Ermittlungen billigt die Staatsanwaltschaft den Israelis Notwehr zu.

Auch politisch haben Festnahme und Krawalle erheblichen Flurschaden angerichtet. In Griechenland wurden Minister ihre Jobs los, zwischen Athen und den EU-Partnern macht sich deutliche Verstimmung breit. In Bonn wankt nach der Kurden-Randale das Konzept der doppelten Staatsbürgerschaft noch mehr.

Und der schwarze Mittwoch könnte nur der Auftakt zu einer langen, blutigen Auseinandersetzung sein: Von Selbstmordattentaten bis zu Flugzeugentführungen – eine geheime Lageeinschätzung des Verfassungsschutzes schließt derzeit keine Spielart des Terrorismus aus, „wenn mit einer derartigen Aktion auch Feinde in den Tod gerissen würden“. Der Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt, Ernst Uhrlau: „Die PKK hat die Eskalationsschraube angezogen.“

Erstmals seit der Terror-Hochphase der siebziger Jahre gilt in Deutschland wieder flächendeckend höchste Alarmstufe. Aber anders als zu RAF-Zeiten, als sich vor allem einzelne Politiker und Wirtschaftsbosse fürchten mußten, ist die Bedrohung diesmal diffuser.

Von der türkischen Dönerbude bis zum Berliner Reichstag, von der jüdischen Kindergärtnerin bis zum Bundeskanzler – jeder kann jederzeit Opfer der fanatisierten Kurden werden, deren Wut sich ständig neue Ziele sucht. „Jeder Kurde ist jetzt eine Bombe“, droht Jamal Mousa, Chef des kurdischen Zentrums in Bonn.

Wer die PKK nach Öcalans Festnahme überhaupt noch kommandiert, ist unklar; jede Minute kann eine Order aus dem Nirgendwo den 11 000 Aktivisten die nächste, noch brutalere Welle der Verwüstung befehlen.

Nur drei Stunden nach dem Blutbad von Berlin beriefen die Innenminister von Bund und Ländern eine Schaltkonferenz ein, an der auch die Spitzen der Sicherheitsbehörden teilnahmen. Eine solche hat es ewig nicht gegeben.

Bundesinnenminister Otto Schily gab sich als Hardliner und verlangte von Nordrhein-Westfalen, endlich das Kurdistan-Informationszentrum in Köln zu schließen: „Wir müssen der PKK die logistische Basis entziehen.“ Die Verfassungsschützer trieb Schily an, Strategie und Taktik der Kurden aufzuklären. Bayerns Günther Beckstein (CSU) forderte, umgehend nach Wegen zu suchen, um Gewalttäter in die Türkei abzuschieben.

Langes Schweigen herrschte, als Sachsens Ressortchef Klaus Hardraht (CDU) die Frage stellte: „Und was passiert, wenn die Polizei das nicht mehr leisten kann?“

Exakt darauf scheint die Strategie der PKK zu zielen. Die Lageeinschätzung der Verfassungsschützer zeichnet ein wahres Horror-Szenario: Weitere Angriffe auf Konsulate seien denkbar – die „eine Dimension wie seinerzeit bei der Besetzung